Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 27 (1948)
Heft: 7

Artikel: Ein britischer Oberst über die Verhältnisse in Griechenland
Autor: Sheppard, A.W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-335991

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schen Bundesrates in Umgang und Verkehr mit Herrn Minister Weizsäcker gemacht hat.

Bern, den 18. Mai 1948. gez. *Philipp Etter.*

(Stempel)
Schweizerische Eidgenossenschaft
Bundeskanzlei
Confédération Suisse
Chancellerie Fédérale

Nr. 1353 gratis
Gesehen zur Beglaubigung
Bern, den 18. Mai 1948
Schweizerische Bundeskanzlei
gez. *Ch. Oser*

Ein britischer Oberst über die Verhältnisse in Griechenland

Colonel A. W. Sheppard kam erstmals 1941 mit den australischen Streitkräften nach Griechenland, wo er für seine Tapferkeit vor dem Feind mit dem «Military Cross» ausgezeichnet wurde. Im Frühjahr 1945 kehrte er als Kommandant zweier australischer Hilfsequipen nach Griechenland zurück. Später wurde er der UNRRA zugeteilt und schließlich zum Direktor der britischen Wirtschaftsdelegation für Nordgriechenland ernannt. Dieses Amt bekleidete er bis März 1947.

Seine Kenntnis der Landessprache brachte ihn mit der griechischen Bevölkerung in direkten Kontakt und ließ ihn ohne das Zutun von oft zweifelhaften Dolmetschern wertvolle Kenntnisse sammeln. Zur Charakterisierung der Person des Autors ist ferner erwähnenswert, daß Oberst Sheppard während siebzehn Jahren in der australischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung tätig gewesen ist. Seine zweiunddreißigseitige Originalbroschüre trägt den Titel «Britain in Greece». Sie ist in London erschienen. Wir entnehmen ihr einige Abschnitte. *Die Redaktion.*

Im Jahre 1945 brauchte Griechenland Frieden und Stabilität für seinen Wiederaufbau und die Hilfe eines Kreises von ihm freundschaftlich und hilfsbereit gesinnten Nationen. Statt dessen wurde das gänzlich darniederliegende Land zum Zankapfel machtpolitischer Interessen. Es erübrigt sich hier, auf

das Ausmaß der Kriegszerstörungen näher einzugehen. Indessen beweist ein Vergleich der damaligen mit der heutigen wirtschaftlichen Lage, daß von einer Verbesserung nicht die Rede sein kann, wohl aber von einer definitiven Verschlimmerung. Im Jahre 1945 gab es 18 Prozent Arbeitslose, im April 1947 waren es deren 29 Prozent. Seit 1945 ist der Wert der griechischen Währungseinheit, gemessen am englischen Pfund, von einem Sechshundertstel auf einen Zwangtausendstel gesunken. Vom Dezember 1946 bis im März 1947 sind die Lebenskosten um 34 Prozent gestiegen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen geht Griechenland einem Abgrund entgegen.

Wie in den meisten übrigen Ländern ist die englische Gesandtschaft in Athen ein Bollwerk der Konservativen und der Reaktionäre. Ihre Stäbe rekrutieren sich aus der ehemals griechisch-faschistischen EDES-Gruppe oder dem Verräter Michailowitsch zugeteilt gewesenen Verbindungsoffizieren, welche seit Jahren und in aller Öffentlichkeit einer Intervention zugunsten der faschistisch-monarchistischen Reaktionäre das Wort reden. In den Jahren 1945 und 1946 waren zwei englische Armeedivisionen, Kräfte der RAF sowie Teile der Mittelmeerflotte in Griechenland stationiert. Eine sehr umfangreiche Militärmission reorganisierte die griechische Armee und stattete sie mit Material aus. Ausbildungsoffiziere wurden seit jeher als kombattante Offiziere betrachtet, und es mutet daher merkwürdig an, daß sich die englische Militärmission als «nichtkämpfend» bezeichnet. Bis zum Februar 1947 wurden die englischen Streitkräfte auf 16 000 Mann reduziert, dagegen wurde die Militärmission im bestehenden Umfang beibehalten. In der Bekämpfung der Rebellen leisten die Engländer der griechischen Armee insofern eine große Hilfe, als sie dieser ermöglichen, ein Maximum an Mannschaften für die Bekämpfung der Rebellenarmee freizumachen. So sind beispielsweise die Konzentrationslager, in denen die freiheitsliebenden Bürger gefangengehalten werden, von Werkstätten und Depots usw. der britischen Armee umstellt, und die englischen Wachen haben Befehl, auf jedermann zu schießen, der sich ihnen nähert. Ferner werden britische Abteilungen in Kampfgebieten zu «Rekognoszierungsmärschen» befohlen, in deren Verlauf sie den Rebellentruppen ein Maximum an Behinderung bereiten können.

Im Auftrag des Foreign Office unterhalten fünf britische Spezialeinheiten in Griechenland ein Spionagezentrum. Sie arbeiten Hand in Hand mit den einheimischen monarcho-faschistischen Unterdrückern. Die griechische Bevölkerung macht sie mitverantwortlich für die ungeheure Zahl der Deportierungen, für die Terrormaßnahmen und für die allgemeine Unterdrückung jeder politischen Opposition überhaupt, die sich ganz an nazistische Methoden anlehnt. Griechenland ist heute ein Polizeistaat schlimmster Sorte. Meine

persönlichen Erfahrungen haben gezeigt, daß in jedem Hotel, in jedem Häuserblock, in jeder Fabrik oder sonstigem Unternehmen wie auch in jedem Straßenzug ein dem Ministerium für öffentliche Sicherheit unterstehender Polizeioffizier wacht. Seit einem Jahr untersteht die Gendarmerie dem Befehl des Militärs, obschon kein Standrecht deklariert wurde. Wie hieß es doch in Bevins Unterhausrede vom 15. Mai 1947? «Es ist unwichtig, wie viele Wahlen durchgeführt werden, aber solange man eine allmächtige Staatspolizei besitzt, die einem einzigen Minister untersteht und diese das Volk durch Furcht lähmt, können wir nicht von Demokratie sprechen und sind meilenweit von ihr entfernt.»

Den Lesern der Tageszeitungen wird es aufgefallen sein, wie oft die monarchistische griechische Armee gemeldet hat, daß sie die Rebellenkräfte umzingelt und vernichtet habe. Doch scheinen die Blätter immer zu vergessen, das endgültige Resultat des Abschlusses der Operationen bekanntzugeben.

Die Wahrheit, daß die griechische Armee aus eigenen Kräften nie imstande sein wird, die Rebellen zu schlagen. Aus diesem Grunde versucht sie, die britischen Streitkräfte in den Kampf zu verwickeln. Jedermann kennt die hervorragenden kämpferischen Qualitäten der griechischen Soldaten und Offiziere. Doch ist es eindeutig, daß sie nicht mit dem Herzen gegen ihre Brüder kämpfen, besonders gegen jene nicht, von denen sie wissen, daß sie die besten Kämpfer gegen die Nazitruppen waren. Daher die ständigen Todesurteile der Kriegsgerichte gegen Soldaten, die sich weigern, auf die Rebellen zu schießen. Nur durch die Mobilisierung des menschlichen Abschaums, der sich in jedem Lande findet, das unter deutscher Besetzung gelebt hat, konnten die Hinrichtungskommandos aufgestellt werden, die sich dazu hergeben, griechische Freiheitskämpfer zu erschießen. Die griechisch-monarchistische Armee ist mit der modernsten englischen und amerikanischen Ausrüstung versehen und aufs intensivste von englischen und amerikanischen Offizieren instruiert — und doch gewinnt sie den Krieg nicht, der von ihren eigenen neuesten Communiqués als von langer Dauer bezeichnet wird. Die Rebellen kämpfen eben für das, was der Mensch am meisten liebt, für die Freiheit! Ich glaube nicht, daß man je einen Griechen, der von der Gerechtigkeit seiner Sache überzeugt ist, wird besiegen können. Auch den Deutschen gelang dies trotz gewaltigen Terrormaßnahmen nicht.

Gestützt auf meine Erfahrungen als Soldat und gestützt auf meine Kenntnisse der beiden Gegner wiederhole ich, daß es der griechischen Armee nie gelingen wird, die Rebellenbewegung zu unterdrücken, wie viele zusätzliche Waffen man der Armee und der Luftwaffe auch geben möge, wie viele Spitfires mit Raketengeschützen auch geliefert werden mögen. Was man auch

alles für die griechische Armee tun möge, sie wird die Rebellen nie bezwingen, sowenig wie die britische Armee die amerikanischen Kolonisten im Unabhängigkeitskrieg hat besiegen können. Je schneller die griechische Regierung dazu gebracht wird, zu einer Politik der nationalen Versöhnung Hand zu bieten, desto besser wird es für alle Beteiligten sein.

Trotz den von England in Griechenland schätzungsweise investierten 125 Millionen Pfund wird allerseits bestätigt, daß von einer wirtschaftlichen Genesung nicht die Rede sein kann. Die Arbeitslosenziffer erreichte im April 1947 29 Prozent, weitere 30 Prozent der verfügbaren Arbeitskräfte dienen entweder in der Armee, in der Gendarmerie oder sind deportiert. Dank meiner eingehenden Kenntnis der griechischen Wirtschaft kann ich feststellen, daß diese heute weit schlechter dasteht als unmittelbar nach Beendigung der deutschen Besetzung. Dies ist darauf zurückzuführen, daß mit Wissen und Zustimmung sowohl der britischen Gesandtschaft als auch der britischen Wirtschaftsmission (und somit sicherlich auch der britischen Regierung) jede im wahren Interesse der griechischen Nation liegende Wirtschaftspolitik sabotiert wurde. Schwarzhändler und Deutschkollaborationisten ersetzten die Sachverständigen. Das Resultat dieser verheerenden Politik ist, daß die Reichen reicher und die Armen ärmer werden.

Laut dem Bulletin des griechischen Informationsbüros in London hat lediglich das Luxusgewerbe die Vorkriegsproduktion erreicht oder überschritten. Der Import von Parfüms, Seidenkrawatten und Seidenschals, Kaffee und Luxusautomobilen ist so hoch, daß das Mitglied der amerikanischen Währungskommission, Patterson, mit seinem Rücktritt drohte, falls die Regierung solche Importe nicht einschränke.

Die offiziöse amerikanische Zeitung «World Report» charakterisiert die Lage wie folgt: «Während das griechische Volk in seinen Häusern friert und ohne Schuhe und Mäntel im Schnee gehen muß, werden in Athen große Vermögen erworben — in den feinen Geschäften sind Luxusgegenstände aus aller Herren Ländern brillant zur Schau gestellt — schaut man die Liste der eingeführten Maschinen nach, so findet man nicht eine einzige Drehbank, hingegen hundertzweiunddreißig neue Luxusautos . . .»

Die Delegation der britischen Parlamentarier bezeichnet das Steuersystem als reaktionär, da vier Fünftel der Einkünfte durch Umsatzsteuern auf Gebrauchsartikel aufgebracht werden, welche schwer auf Arbeitern und Bauern lasten, oder aber von Steuern, welche die nationale Produktion, die Industrie und den Handel hemmen.

Jede freie Gewerkschaftsbildung ist unterdrückt. Die Regierung duldet nur Gewerkschaftsführer aus faschistischen Kreisen. Heute ist jeder aus freien

Wahlen hervorgegangene Gewerkschaftsführer auf Grund konstruierter Anklagen entweder verbannt oder im Gefängnis. Wer als Funktionär ohne Bewilligung der rechtsextremistischen Regierungsbeamten an einer Gewerkschaftsversammlung teilnimmt, wird in den Anklagezustand versetzt. Die bei Verhaftungen von Gewerkschaftsfunktionären vorgefundenen Mitgliederlisten werden behördlicherseits «bereinigt». Unter Mißbrauch der UNRRA-Hilfe werden die rechtsextremistischen Gewerkschaftsgruppen gestärkt. Hier ein Beispiel, wie die reaktionäre Gewerkschaftsgruppe EME in Saloniki in den letzten Monaten ihren Mitgliederstand erhöht hat. Theocharides, der Führer dieser Gruppe, der die Verantwortung für den während der deutschen Besetzung erfolgten Tod von Hunderten von Griechen, Juden und Intellektuellen trägt, und der es verdiente, vor den Nürnberger Gerichtshof gestellt zu werden, ließ seiner Gruppe mit Hilfe des Versorgungsministeriums zwanzigtausend UNRRA-Schuhe und zwölftausend Überkleider zuteilen. Für diese zahlte er den festgesetzten Preis von 12 000 Drachmen pro Stück. Die Schuhe verkaufte er für 15 000 Drachmen allen jenen, die seiner Gruppe beitraten. Der Gewinn von 3000 Drachmen floß in seine Gewerkschaftskasse. Da für Schuhe zu dieser Zeit 90 000 Drachmen bezahlt wurden, ist es begreiflich, daß die Bedürftigsten aus Not sich dieser Gewerkschaft anschlossen. Mit den Überkleidern geschah das gleiche. Bei einem Einstandspreis von 4000 Drachmen wurden sie zu 6000 Drachmen abgestoßen, dieweil der Ladenpreis 40 000 Drachmen betrug. Ich protestierte gegen dieses Vorgehen, und der Vorsitzende der UNRRA leitete die Angelegenheit an das Versorgungsministerium weiter. Nach zwei Monaten kam der Bescheid, daß dem Ministerium darüber nichts bekannt sei. Immerhin hütete man sich, die Affäre überhaupt zu dementieren. Im Juli 1946 avancierte besagter Theocharides zum zweiten Minister im Versorgungsministerium. Diese Beförderung setzte ihn nunmehr in die Lage, UNRRA-Güter überhaupt ohne Kontrolle zu verteilen, Während meiner Anwesenheit in Saloniki konnte ich feststellen, daß das Ministerium die Anzahl der an jede Arbeiterorganisation zu verteilenden Schuhe und Überkleider bestimmt hatte wie auch die Personen, welche die empfangenen Lieferungen schriftlich bestätigen mußten. Letztere waren in keinem einzigen Falle von den Arbeitern selber gewählte Funktionäre. Im Juli 1947 befanden sich in Saloniki nur noch zwei gewählte Gewerkschaftsführer in Freiheit. Dies waren Mouzenides, ein alter Sozialist, und Danielides, ein Hilfssekretär. Beide waren zehn- bis elfmal verhaftet gewesen, und zwar meistens aus dem Grund, weil sie von der Regierung nicht erlaubten Versammlungen ihrer eigenen Gewerkschaften beigewohnt hatten. Ein anderes Beispiel illustriert die Haltung der griechischen Regierung in der Gewerkschaftsfrage. Die Gewerk-

schaft der Tabakarbeiter hatte eine Versammlung einberufen, um über Maßnahmen zu beratschlagen, durch welche die Unternehmer zur Ausrichtung der traditionellen Weihnachtsgratifikation hätten gezwungen werden können, welch letztere späterhin durch ein Regierungsdekret ausgerichtet werden mußte. Sämtliche in der Versammlung anwesenden Mitglieder wurden verhaftet, darunter auch Mitglieder, welche sich im Saal eingefunden hatten, nur um die Mitgliederbeiträge zu bezahlen. Gefesselt führte die Polizei sie durch die Hauptstraße. Die Verhafteten wurden nicht unter eine bestimmte Anklage gestellt. Sie waren daher im Gefängnis auch nicht berechtigt, die üblichen 500 Drachmen pro Tag für die Ernährung zu beziehen. Sie blieben ohne Decken und Nahrung, bis ihnen Familienangehörige zu Hilfe kamen. Während ich dies im Juni 1947 niederschreibe, vernehme ich, daß Mouzenides mit weiteren neununddreißig Schicksalsgenossen wieder verhaftet worden ist.

Die sogenannten Kriegsgerichte im heutigen Griechenland arbeiten ähnlich wie die «Volksgerichte» in Deutschland zur Zeit der Nazi. Die Prozedur besteht darin, daß der öffentliche Ankläger ein Dossier mit Beweisstücken vorlegt, daß er eine Anzahl von Zeugen zitiert, die er, oft in Abwesenheit der Angeklagten, befragt. Ich habe solchen Verhandlungen mehrmals beigewohnt, und im einzigen Fall, in dem der Angeklagte versucht hatte, dem Zeugen auch seinerseits Fragen zu stellen, wurde die Verhandlung abgebrochen und vertagt. Das Gericht hatte es nicht gewagt, in meiner Gegenwart das Fragerecht des Angeklagten zu beschneiden. Nur in seltenen Fällen hört das Gericht Zeugen an, meist begnügt es sich mit dem Verlesen ihrer Aussagen. Sah man Zeugen vor den Schranken, so meist dank einem unerschrockenen Rechtsanwalt, der ihre früheren Aussagen überprüfen wollte. Mehr als einmal war ich Zeuge, wie Anwälte, welche den Nachweis des falschen Zeugnisses zuungunsten der Angeklagten zu führen versucht hatten, vom Staatsanwalt und vom Präsidenten des Kriegsgerichtes bedroht wurden.

Anläßlich der Verhandlungen gegen I. Yiannopoulos und I. Charitos am 20. August 1946 wurden die Aussagen von vier Belastungszeugen verlesen. Die Verteidiger warteten mit der doppelten Anzahl Entlastungszeugen auf. Die Verteidigung stellte den Antrag auf Konfrontierung der sich widersprechenden Zeugen, und der Staatsanwalt selbst verlangte den Freispruch der Angeklagten. Das Gericht lehnte beide Anträge ab und verurteilte die Angeklagten zu elf Jahren Gefängnis. Vor dem Gerichtsgebäude sah ich, wie ein Polizeileutnant den Verteidiger mit Stockhieben traktierte.

Die Sicherheitskomitees fällen die Verbannungsurteile. Der Angeklagte hat kein Recht, vor dem Komitee zu erscheinen, Zeugen zu zitieren oder überhaupt die Anklage zu hören. In den meisten Fällen erfährt er im Gefängnis,

daß er zu sechs Monaten, zu einem oder zu zwei Jahren Verbannung verurteilt worden ist. Der Angeklagte hat wohl das Recht zu appellieren — an den Generalgouverneur, der das Komitee ernannt hat! Ich hatte Gelegenheit, den Generalgouverneur von Mazedonien bei der «Erledigung» solcher Appellationen zu beobachten. Er tat dies wie eine Frankiermaschine in einem Postamt.

Aus dem Rapport eines hohen britischen Beamten vom November 1946 zitiere ich: «Das schlimmste sind jedoch die Bedingungen, unter denen diese Leute leben müssen, während sie das Verbannungsurteil oder den Transport auf die Verbannungsinseln abwarten. Bis der Entscheid gefallen ist, sind sie rechtlich keine Gefangenen. Sie fallen nicht einmal unter die veralteten balkanischen Gefängnisreglemente. In keinem Fall erhalten sie Nahrung, sondern nur ein Kostgeld von 500 Drachmen pro Tag, das auch für die bescheidenste Ernährung nicht hinreicht. In vielen Fällen wurde den Gefangenen auch dieses ungenügende Kostgeld vorenthalten. Sie erhalten weder Betten noch Decken. Säuglinge und Kinder leben in den gleichen Verhältnissen. Die Reise nach den Verbannungsinseln geht unter ähnlichen Verhältnissen vor sich, Proviant wird keiner verteilt, und bei der Ankunft finden die Verbannten noch schlimmere Lebensbedingungen vor. Es gibt weder Ärzte noch Sanitätsmaterial. Das Kostgeld ist auf 300 Drachmen pro Tag reduziert, und in den meisten Fällen wird auch dieses nicht ausbezahlt . . .»

Für die eben erwähnten Tatsachen kann ich aus eigener Erfahrung einstehen. Im November 1946 fand ich im Polizeiposten von Kilkis vier schwangere Frauen in einer Zelle so eng eingesperrt, daß es ihnen nicht möglich war, sich gleichzeitig niederzulegen. Auf meinen Protest hin entließ der Gouverneur von Mazedonien diese Frauen.

Über kein anderes Thema hat das Informationsamt der griechischen Regierung mehr falsche Berichte verbreitet und Unwahrheiten veröffentlicht als über die Guerillabewegung. Leute, die überhaupt nie in Griechenland waren oder nie über Athen hinausgekommen sind, verbreiten «inspirierte» Zeitungsartikel, und da diese gefälschten Berichte immer wieder erscheinen, erwecken sie schließlich doch den Anschein der Wahrheit. Ich hatte oft Gelegenheit, mit Partisanenabteilungen in Kontakt zu kommen, öfters war ich während Tagen ihr Gast. Viele ihrer Mitglieder hatte ich gekannt, bevor sie ins Maquis gingen, und traf sie dort wieder. Vor meiner Abreise aus Griechenland nahm ich Abschied von meinen Freunden in der demokratischen Armee. Ich versprach ihnen, das Ausland wissen zu lassen, welche Art Menschen sie in Wirklichkeit seien.

Ich wiederhole und werde es immer wiederholen, daß die Guerillabewe-

gung eine einheimische Bewegung ist. Sollten die griechischen Partisanen schließlich den Zuzug einer internationalen Brigade erhalten — was ich jedoch bezweifle —, so wäre dies nicht mehr als billig, denn von allen Menschen Europas bringen gerade sie das größte Opfer für die Fahne der Freiheit.

Bei keiner Gelegenheit sah ich jemals einen Partisanen, der nicht wirklich Grieche gewesen wäre, wenn auch einige unter ihnen außerhalb Griechenland geboren sind oder sonst im Ausland gelebt haben. Ich traf sogar einen Partisanen, der lange Zeit in meiner eigenen Heimat, in Australien, verbracht hatte. Größtenteils trugen sie Zivilkleider mit der Armbinde der demokratischen Armee. Einige waren in blaue englische Uniformen gekleidet. Die UNRRA hatte in Griechenland zweihunderttausend Stück dieses Uniformentyps verteilt. Viele hatten britische Armeeuniformen an, die sie den Regierungstruppen im Kampf abgenommen hatten. Andere wiederum trugen ein Gemisch von französischen, deutschen, italienischen und russischen Uniformen. Es waren dies nach Deutschland und Polen verschleppt gewesene Zwangsarbeiter, und sie trugen die Kleider, die sie bei der Rückkehr in die Heimat am Körper hatten. Es muß daran erinnert werden, daß die meisten Freiheitskämpfer sich gerade aus den nach Dachau oder Auschwitz deportierten Kreisen rekrutieren. Die heutigen Gegner der Partisanen hingegen bedeuteten in keiner Weise eine Gefahr für die Nazidoktrin, und die Deutschen konnten ihnen ruhig erlauben, in Griechenland ein gemächliches Leben zu führen.

Als leitender Offizier der Flüchtlingslager in Nordgriechenland stelle ich fest, daß etwa fünfzehntausend Flüchtlinge in diesen Lagern aufgefangen, und daß alle Flüchtlinge in Uniformen dieser oder jener Nation gekleidet worden waren. Diese Uniformen blieben alle in Griechenland. Entweder trug man sie weiter, oder man verkaufte sie. Und doch wurde gerade das Vorhandensein dieser verschiedenartigen Uniformen bei Angehörigen der Partisanenarmee von der Untersuchungskommission der UNO als ein für ausländische Hilfe sprechendes Argument taxiert.

Was die Waffen betrifft, so suchte ich besonders nach solchen jugoslawischen oder russischen Ursprungs. Ich fand keine. 75 Prozent der Waffen waren britischer Herkunft und waren seinerzeit den ELAS-Truppen für ihren Kampf gegen die Deutschen und Italiener übergeben oder aber von den griechischen Regierungstruppen erbeutet worden. Der Rest bestand meist aus italienischen oder deutschen Waffen, einige wenige waren amerikanischer Herkunft. Noch jetzt besitzen die Freiheitskämpfer keine Artillerie, und wenn sie von einer so modern ausgerüsteten Armee, wie die jugoslawische es ist,

ausgerüstet würden, hätten sie sicherlich auch Artillerie erhalten. (Anmerkung des Übersetzers: Zeitungsberichten zufolge besitzt jetzt die demokratische Armee erbeutete Batterien amerikanischer Herkunft.)

Warum gehen die jungen Griechen ins Maquis?

Ich kann diese Frage beantworten, weil ich sie Hunderte von Malen den Maquisarden selber oder den zurückgebliebenen Angehörigen gestellt habe. Daraufhin kann ich sagen: 50 Prozent stoßen aus ideologischen Gründen zum Maquis, indem sie glauben, daß Griechenland nur durch diese Art Kampf die Freiheit zurückerobern kann; rund 45 Prozent gehen aus wirtschaftlichen Gründen ins Maquis, da es ihnen im jetzigen Griechenland unmöglich ist, Arbeit und Auskommen zu finden; die restlichen 5 Prozent wurden von der Polizei so malträtiert, daß sie sich rächen wollen.

Oft gehen ganze Dörfer ins Maquis. Olimbias auf der Halbinsel Chalkidike ist ein solches Beispiel. Die Einwohner dieses Dorfes verschwanden ins Maquis, weil die Polizeikommandanten von Stavos und Polygoros ihnen nicht erlaubten, ihr Holz in diesen beiden Städten zu verkaufen. Man verbot ihnen auch den Ankauf von Lebensmitteln und wollte sie um die ihnen zubestimmten UNRRA-Rationen prellen. Bevor die Intervention der UNRRA-Beamten, meine mit inbegriffen, wirksam werden konnte, war es schon zu spät. Alle Einwohner hatten sich einer Partisanentruppe der Holomandaberge angeschlossen. Wie oft fragte ich in den Dörfern nach mir bekannten jungen Leuten, um zu erfahren, daß sie «in die Berge» gegangen seien. Forschte ich nach dem Grund, so erhielt ich unweigerlich zur Antwort: «Nun, was bleibt einem jungen Mann anderes übrig?» Das strafweise Niederbrennen von Dörfern bringt den Partisanen jedesmal einen großen Zuwachs an neuen Rekruten. Desgleichen ist das Erschießen bekannter Freiheitskämpfer ein Grund, weshalb viele junge Leute das entsetzliche Leben und den grausamen Kampf auf sich nehmen.

Daß Jugoslawien den nach Bulkes geflohenen Griechen die Rückkehr auf griechischen Boden gestattet hat, entspricht den Tatsachen. Ist aber ein politischer Flüchtling nicht ein Mensch, dem zu helfen viele Länder in der Vergangenheit stolz waren? Hat nicht Großbritannien bis heute den politischen Flüchtlingen die Ein- und Ausreise erlaubt, und betrachten wir es nicht als ein stolzes Ruhmesblatt in unserer Geschichte, daß es so ist? Warum soll für Jugoslawien heute das eine Sünde sein, was wir als eine unserer Tugenden ansehen?

Lassen wir jeden Zweifel beiseite. Die Guerillabewegung in Griechenland ist genau aus derselben Sorte von Männern und Frauen hervorgegangen, aus

denen sie unter den gleichen Umständen in Großbritannien hervorgehen würde, aus Menschen nämlich, welche ihr Gewissen nicht ersticken und sich nicht fürchten, ein komfortables Leben aufzugeben.

WALDEMAR JUCKER

Zur Frage der Finanzierung des Wohnungsbaus

Wir publizieren diesen Artikel, in der Hoffnung, daß er zu einer Diskussion in unserer Zeitschrift Anlaß geben werde. V. G.

Zur Verbilligung der Mietzinse gibt es hauptsächlich zwei Wege: Eine Senkung der Baukosten durch Kapitalsubventionen oder eine Herabsetzung des Zinsfußes der zum Bau verwendeten Leihgelder. Nach schwedischen und englischen Berechnungen, deren Anwendbarkeit auf unsere Verhältnisse noch zu überprüfen wäre, hat eine Senkung des Zinsfußes um einen Zehntel dieselbe Wirkung wie eine Verminderung der Baukosten um ebenfalls einen Zehntel[1]. Gegenüber einer Reduktion der Baukosten durch direkte Subventionen hat eine Senkung des Zinsfußes zwei Vorteile. Einmal ist sie billiger, indem die Spanne zwischen dem durchschnittlichen Zinsfuß der zum Bau verwendeten Leihgelder und dem Zinsfuß für langfristige Staatsanleihen ausgenutzt werden kann. Zweitens muß nicht die ganze Subventionssumme auf einmal aufgebracht werden, sondern die vom Staat aufzubringenden Summen zur Verbilligung des Zinsfußes verteilen sich über eine Reihe von Jahren.

Eine Herabsetzung des Hypothekarzinsfußes kann nur durch die Ausschaltung der Banken aus der direkten Baufinanzierung erreicht werden. An Stelle der Banken hat der Staat Baukredite zu einem unter dem durchschnittlichen Hypothekarzinsfuß liegenden Zinsfuß zu gewähren. Anstatt daß die Anleihensaufnahme direkt durch eine Vielzahl von Bauherren geschieht, tritt der Staat als vermittelnder Anleihensnehmer auf dem Kapitalmarkt auf. Die Weitergabe der Darlehen an die Bauherren erfolgt außerhalb des Marktmechanismus nach sozialen Gesichtspunkten. Infolge der größeren Sicherheiten, die er bieten kann, ist es dem Staat möglich, Geld zu günstigeren Bedingungen zu erhalten. Die Zentralisierung der Anleihensaufnahme an einer Stelle bedeutet eine Übertragung des Prinzips des Großeinkaufs aus dem Handel auf die Finanzwirtschaft.

[1] Vgl. den letzten Abschnitt dieses Artikels: Die Stockholmer Formel, S. 260.